

16.04.25

Initiativen

Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr»

Bericht und Antrag

Ausgangslage

Das Initiativkomitee hat am 7. November 2023 die Volksinitiative „Mitbestimmen beim Verkehr“ mit 339 gültigen Unterschriften eingereicht. Mit Beschluss Nr. 439 vom 29. November 2023 hat der Stadtrat festgestellt, dass die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» zustande gekommen ist.

Ist eine Volksinitiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs zustande gekommen, so hat der Stadtrat gemäss §130 Abs. 1 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) innert sechs Monaten nach ihrer Einreichung ihre Gültigkeit zu beschliessen. Gleichzeitig beschliesst er, ob ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden soll. Mit Beschluss Nr. 135 vom 24. April 2024 hat der Stadtrat die Initiative für gültig erklärt und bekannt gegeben, dass er auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags verzichtet.

In der Folge hat der Stadtrat gemäss §130 Abs. 3 GPR innert der Frist von neun Monaten ab Einreichung der Initiative dem Stadtparlament Bericht und Antrag zu unterbreiten. Diese liegen heute vor.

Haltung des Stadtrats

Der Stadtrat sieht kein Erfordernis, um an der derzeitigen etablierten und funktionierenden Praxis etwas zu ändern. Die derzeitigen rechtlichen Grundlagen und Abläufe ermöglichen bereits heute, dass sich Betroffene gegen ungerechtfertigte Verkehrsanordnungen zur Wehr setzen können sowie, dass das Stadtparlament und die Bevölkerung bei planerischen Vorhaben mitbestimmen können.



Eine Annahme der Initiative würde zu deutlichem Mehraufwand seitens der Verwaltung führen und die Umsetzung von Signalisationen und Markierungen massiv verzögern. Die massive Verzögerung ist insbesondere bei Anordnungen, welche im Sinne der Verkehrssicherheit getroffen werden, als kritisch zu beurteilen. Weiter stehen die steigenden Aufwände nicht im Einklang mit den schlanken Prozessen einer Wirkungsorientierten Verwaltung.

Der Stadtrat lehnt die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» ab und beantragt dem Stadtparlament, es möge die Volksinitiative ebenfalls ablehnen.

Der Stadtrat **beschliesst:**

1. Der vorliegende Bericht und Antrag an das Stadtparlament wird genehmigt.
2. Dem Stadtparlament wird beantragt, es wolle beschliessen:
 - 2.1. Die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» wird abgelehnt.
3. Mitteilung an:
 - a) Jeannette Wanner, Leiterin Politik
 - b) René Schellenberg, Fachspezialist Verwaltungspolizei
 - c) Severin Hafner, Leiter Mobilität & Energie
 - d) Jürg Frischknecht, Projektleiter Mobilität & Energie
4. Bericht und Antrag an:
 - a) Stephan Ziegler, Parlamentspräsident
 - b) Mitglieder des Stadtparlaments, via Ratssekretariat
 - c) Parlamentssekretariat
 - d) Mitglieder des Stadtrats
 - e) Mitglieder der Geschäftsleitung
 - f) Medien

Protokoll Auszug



Behörde Stadt Bülach

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 201

Sitzung vom 19. Juni 2024

Stadtrat Bülach

Mark Eberli
Stadtpräsident

Christian Mühlethaler
Stadtschreiber